

31. Juli 2016

Die Themen dieser Woche:



Studienschulden und Wahlkampfversprechen

Title IX und Förderung von Frauen in STEM-Fächern

Kostenersparnis durch gemeinsame Verwaltung

Kurznachrichten

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe befassen wir uns mit dem Wahlkampfversprechen von Hillary Clinton, die Verschuldung von Studierenden und Absolventen beseitigen zu wollen, und mit einem Zielkonflikt bei einem Förderungsmodell für Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern. Wir werfen zudem einen Blick auf Einsparpotenziale durch die Zusammenlegung von Hochschulverwaltungen und schließlich – wie immer – auf verschiedene Kurznachrichten der Woche.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre.

Stefan Altevogt

#### Studenschulden und Wahlkampfversprechen

In ihrer „acceptance speech“ zur Nominierung als Kandidatin der Demokraten für das Amt des US-Präsidenten versprach Hillary Clinton unter anderem: „Bernie Sanders and I will work together to make college tuition-free for the middle class and debt-free for all! We will also liberate millions of people who already have student debt.“

☞ Sie finden den vollständigen Text der Rede [hier](#).

In einer Zuschrift zu einem sich mit diesem Versprechen befassenden Beitrag auf Inside Higher Education fragt ein Leser: „Debt free for all? Does that include the \$1.2 trillion already disbursed? Or is this more empty campaign rhetoric?“

☞ Sie finden den Beitrag [hier](#).

Der Chronicle of Higher Education macht in einem Beitrag darauf aufmerksam, dass Wahlkampfreden keine detaillierten Handlungspläne darstellten, sondern Visionen politischer Ziele formulierten und auf Ängste und Sorgen bestimmter Wählerschichten eingingen. Zu einer der Ängsten des Mittelstandes zähle: „These days that anxiety concerns the cost of college and the notion that student debt cripples young people as they head out to get jobs, buy homes, and start families.“ Die Antwort Clintons auf diese Frage sei in einem „New College Compact“ zusammengefasst, der wiederum in wesentlichen Zügen von Senator Bernie Sanders, ihrem hartnäckigen Kontrahenten um die Nominierung, übernommen sei und für Angehörige von einkommensschwächeren Haushalten in zwei Schritten einkommensabhängig das Studium an ihren jeweiligen staatlichen Colleges und Universitäten von Studiengebühren befreien wolle. Ab dem kommenden Jahr soll diese Grenze bei einem Einkommen von weniger als \$85.000 pro Jahr gezogen und ab 2021 auf dann \$85.000 ausgeweitet werden. Die bestehenden Bildungsschulden von geschätzten 25 Mio. Absolventen sollen zu günstigeren Zinssätzen refinanziert werden. Es heißt: „They’ll never have to pay back more than 10 percent of their income, and all remaining college debt will be forgiven after 20 years.“ Zur Frage der Finanzierung eines solchen Plans heißt es: „This plan will be fully paid for by limiting certain tax expenditures for high-income taxpayers.“

☞ Sie finden den „New College Compact“ [hier](#).

Der Beitrag des Chronicle ist sehr skeptisch im Hinblick auf die politische Durchsetzbarkeit eines

solchen Plans und schreibt: „Even some left-leaning policy wonks have questioned whether the plan would drive up tuition, put new burdens on the tax system, or even undermine college access.”

Abgesehen von der Realisierbarkeit verschiedenster Pläne für eine „kostenlose Hochschulbildung“ befasst sich der Beitrag allerdings auch mit den möglichen Schäden dieser Pläne für die Hochschullandschaft insgesamt und sieht in den hunderten von kleineren privaten Colleges mit geringen Studierendenzahlen und ohne nennenswertes eigenes Vermögen einen wesentlichen Teil der Landschaft in Gefahr, Kollateralschaden zu werden. Müssten die aus Kostengründen dann nicht mehr an diese Hochschulen gehenden Studierenden zusätzlich noch von den öffentlichen Einrichtungen versorgt werden, würde sich ihr derzeit schon bei drei Vierteln liegender Anteil noch vergrößern. Die Kaskade könne sich dann wie folgt ergeben: [Public] Colleges (...) would soon be expected to educate more people with fewer resources per student. The quality of public education could erode. When enrollment is high and funding is tight, it can be hard for students to get all the classes they need to graduate on time.“ Die Hochschullandschaft würde sich also durch ein kostenloses Studium für Studierende aus einkommensschwachen Haushalten an den dann überlaufenen und überforderten öffentlichen Einrichtungen noch weiter stratifizieren: „While poor students would attend crowded, lower-tier public colleges at no cost, affluent students could buy their way into elite colleges – public or private – where they might get a different kind of education from everyone else.”

 Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Ein Kommentar in der New York Times macht zudem darauf aufmerksam, dass die von den Studierenden zu leistenden Deckungsbeiträge in verschiedenen Bundesstaaten je nach deren finanziellem Engagement für die eigenen Hochschulen stark variieren würden und entsprechend bei einer Erstattung der Studiengebühren stark verzerrte Anreize entstehen könnten. Der Kommentar vergleicht Pennsylvania und North Carolina und schreibt: „Both are among the 10 most populous states, are relatively balanced politically between Republicans and Democrats and have similar levels of G.D.P. per capita. Both have world-class research institutions, regional universities and community colleges. Where they differ is investment in higher learning.“ In North Carolina würden pro Studierendem vom Staat an die Hochschulen direkt knapp \$9.000 fließen, die Studierenden seien mit knapp \$7.000 an ihren Bildungskosten beteiligt. In Pennsylvania betrügen die staatlichen Zuwendungen lediglich \$3.800 pro Studierendem und sie würden mit \$13.400 deutlich stärker als ihre Peers in North Carolina zur Kasse gebeten. Die Einlösung des Wahlversprechens von Hillary Clinton hätte hier wohl ungewollte Konsequenzen: “Replacing current tuition levels would be an enormous bailout for states that haven’t been meeting their obligations, while badly shortchanging those that have held the line on college costs during good economic times and bad. In exchange for decades of steadfast investment in public higher education, North Carolina students and taxpayers would get far less than people in states like Pennsylvania that haven’t made college a priority.”

 Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

## ...▶ Title IX und Förderung von Frauen in STEM-Fächern

Ein Beitrag im Atlantic Monthly zitiert Zahlen eines vor zwei Jahren erschienenen Berichts zu den Karriererisiken von Frauen in Natur- und Ingenieurwissenschaften (STEM-Fächer) und schreibt: „There’s been a lot of talk about how to keep women in the STEM pipeline, but it fails to make a crucial connection: One reason the pipeline leaks is that women are harassed out of science. And sexual harassment is just the beginning.“ Frauen hätten sich häufiger zu beweisen als Männer, müssten sorgsam zwischen Scylla (nicht weiblich genug, um als Frau zu gelten) und Charybdis (zu weiblich, um als kompetent und durchsetzungsfähig zu gelten) navigieren und begegneten früher oder später der „maternal wall“, also der noch stark verankerten gesellschaftlichen Norm, Familie einen höheren Stellenwert als der eigenen Karriere einzuräumen.

 Sie finden den Beitrag [hier](#).


Um Frauen in den STEM-Fächern zu unterstützen, könnte einer Ende 2014 in den Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS) veröffentlichten Untersuchung zufolge die Aufgabe des nach Geschlechtern gemischten Unterrichts hilfreich und zielführend sein. Es hieß im Hinblick auf Undergraduates: „Women participate more actively in engineering groups when members are mostly female vs. mostly male or in equal gender proportions. Women feel less anxious in female-majority groups vs. minority groups, especially as first-year students. Gender-parity groups are less effective than female-majority groups in promoting verbal participation. Female peers protect women’s confidence and engineering career aspirations despite masculine stereotypes about engineering.”

 Sie finden die Untersuchung [hier](#).

Ein Beitrag in Science berichtet allerdings in dieser Woche von einem seit Anfang Juli anhängigen Gerichtsverfahren einer Studierenden an der University of Cincinnati in Ohio gegen die Hochschule, weil sie einen nach Geschlechtern getrennten Unterricht für nicht mit dem in „Title IX“ verankerten Diskriminierungsverbot vereinbar hält. Die Klägerin wird zu ihren Beweggründen mit den Worten zitiert: „Being a woman in science, we’ve come a long way. We’ve won Nobel Prizes. We’ve discovered cures. And I don’t think any of that would have been possible if we had been told how to discover them or who we were allowed to discover them with.“

 Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Der Chronicle of Higher Education meldet den seltenen Fall der Pepperdine University, die eine 1976 erwirkte Ausnahmeregelung von Title IX-Bestimmungen nun wieder rückgängig gemacht haben möchte und ein entsprechendes Schreiben an das Office for Civil Rights im U.S. Department of Education geschickt habe. Möglicher Hintergrund sei eine im April veröffentlichte Liste aller vom Bildungsministerium gewährten Ausnahmen und ein entsprechendes Signal von Pepperdine, nicht mehr zu den wenigen Einrichtungen gehören zu wollen, für die Ausnahmen vom Diskriminierungsverbot gemacht würden.


 Sie finden die Meldung [hier](#).

### ...> **Kostensparnis durch gemeinsame Verwaltung**

Die Entscheidung des Vermont State Colleges Board of Trustees, sich mit einer möglichen Fusion der Verwaltungen der beiden öffentlichen Hochschulen Johnson State College und Lyndon State College befassen zu wollen, ist der Hintergrund eines Beitrags auf Inside Higher Education zu möglichen Einsparpotenzialen durch die Zusammenlegung von Verwaltungen. Die beiden Standorte lägen knapp 70 Kilometer auseinander, würden unter einer gemeinsamen Verwaltung ihre jeweiligen Identitäten behalten können und idealerweise sollten die erzielbaren Einsparungen vollständig in die Verbesserung des akademischen Angebots fließen. Der Kanzler der Vermont State Colleges, Jeb Spaulding, wird zum letzten Punkt mit den Worten zitiert: „There certainly will be people that want to ensure that we’re doing this for the right reasons“.


Die jüngere Vergangenheit zeige recht unterschiedliche Resultate bei Versuchen, in öffentlichen Hochschulsystemen durch die Zusammenlegung von Standorten zu konsolidieren. Wohl am weitesten fortgeschritten sei der Prozess im University System of Georgia, wo seit 2011 zwölf Standorte zu sechs zusammengefasst wurden und man derzeit noch 29 Campi zähle. Im University of Maine System habe man die Schließung einzelner Standorte durch die Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben verhindern können. Im System der State University of New York habe man allerdings mit verschiedenen Versuchen, die Aufgaben der Hochschulpräsidenten zu „zentralisieren“, schlechte Erfahrungen gemacht.

Spaulding habe aus den Erfahrungen in anderen Bundesstaaten seine Schlüsse gezogen und daraus seine Version der Kostensenkung an den beiden Standorten gebaut, weil die Aussichten an beiden Standorten insgesamt schlecht seien: Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung seien die Einschreibungszahlen zwischen 2011 und 2015 um knapp 19% bzw. 11% gefallen und das insgesamt fünf Standorte umfassende System der Vermont State Colleges hatte zuletzt mit einem Defizit im hohen zweistelligen Millionenbereich gearbeitet.

 Sie finden den Beitrag [hier](#).

### ...> **Kurznachrichten**

Seit dem Ende verbindlicher Ruhestandsregelungen für Fakultätsmitglieder an US-amerikanischen Hochschulen im Jahr 1994, so ein Beitrag im Chronicle of Higher Education, habe man ein Problem: „The American professoriate is decidedly grayer than a generation ago.“ An der Widener University würde man, um wieder mehr Flexibilität bei der Personalentwicklung zu bekommen, jetzt ruhestandsfähigen Mitarbeitern mit dem „terminal sabbatical“ ein Angebot unterbreiten, das eines der Probleme beim Übergang in den Ruhestand adressiert: „A goal of Widener’s is to reduce the psychological toll of retirement by creating a yearlong transition period.“


 Sie finden den Beitrag [hier](#).

Die kanadische Regierung hat eine Erhöhung der Canada Student Grants um 50% für das kommende akademische Jahr angekündigt und schreibt: „The grants will increase from \$2,000 to \$3,000 per year for full-time students from low-income families [and] from \$800 to \$1,200 per year for students from middle-income families.“ Zudem würden die Bestimmungen des Repayment Assistance Plan so angepasst, dass die Verpflichtung zur Bedienung von Studienschulden erst ab einem Jahreseinkommen von \$25.000 einsetze. „This will allow students to complete their studies

with the confidence of knowing that debt repayments will not become an overwhelming burden.

 Sie finden die Ankündigung [hier](#).

Der Chronicle of Higher Education befasst sich in einem Beitrag mit der von ITT Educational Services Inc., einem Betreiber von gewinnorientierten Hochschulen, ausgegebenen Warnung an seine Geldgeber, dass die Studierendenzahlen an den mehr als 130 Standorten in den kommenden sechs Monaten zwischen 45% und 60% einbrechen könnten. Es heißt: „The company has already cut its expenses extensively, according to the filing, having ended new-student enrollment on five campuses and closed another in June. One other source of uncertainty for the company is the status of its accreditor, the Accrediting Council for Independent Colleges and Schools, which may have its federal recognition revoked, a step that would throw the status of hundreds of colleges into limbo.”

 Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

[www.daad.org](http://www.daad.org)

[daadny@daad.org](mailto:daadny@daad.org)